



Liebe Leserinnen und Leser,

Steffi Jones, Präsidentin des Organisationskomitees für die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011, hat diese Woche dem Sportausschuss im Bundestag über den Stand der Vorbereitungen zur Frauen-WM berichtet. Dabei hatte ich die Gelegenheit, sie als sehr sympathischen Menschen kennen zu lernen. Sie spielte in ihrer aktiven Phase von 1998 bis 2000 auch beim SC 07 Bad Neuenahr und zeigt sich als gute Kennerin und Liebhaberin unserer schönen Heimat.

Die Fußball-WM im nächsten Jahr kann ein nachhaltiger Schub für den Mädchen- und Frauen-Fußball in Deutschland sein, der sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt hat. Wir sollten in unserem Bemühen nicht nachlassen, Mädchen gezielt anzusprechen, ihnen den Spass am Fussballspielen zu vermitteln und ihre Talente zu fördern.

Ihre

M. Heil

Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 77 040
Telefax (030) 227 76 423
Em@il mechthild.heil@bundestag.de
www.mechthild-heil.de



Hallo, ich bin Jörg Hansen, ich studiere Jura und Wirtschaft in Erfurt und seit nun fast zwei Wochen bin ich Praktikant im Abgeordnetenbüro von Frau Heil hier in Berlin.

Schon an meinem ersten Tag habe ich vor Arbeitsbeginn zwei Kommilitonen aus Erfurt getroffen, die ebenfalls ein Praktikum bei einem Abgeordneten machen. Die Welt ist doch klein.

Ich habe das Glück, dass zur Zeit noch das Praktikantenprogramm der Unionsfraktion läuft, das heißt, dass ich beispielsweise an Führungen durch das Bundeskanzleramt, dem Bundesfinanzministerium und dem Hauptstadtstudio des ZDF teilnehmen durfte, außerdem wurden Diskussionsrunden mit verschiedenen Politikern, so zum Beispiel Herrn MdB Koschyk, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen oder Herrn MdB Fischer, der den Arbeitskreis Afrika der Unionsfraktion leitet und mit uns zum Thema Entwicklungshilfe gesprochen hat.

Zudem sind die vergangenen zwei Wochen ja Sitzungswochen des Bundestages gewesen, vergangene Woche war sogar die Haushaltswoche, sodass ich mehreren Debatten „live“ im Reichstagsgebäude beiwohnen durfte. Darüber hinaus habe ich beim Sozialausschuss des Bundestages und den Arbeitsgruppen „Arbeit und Soziales“ und „Sport“ der Fraktion zuhören dürfen. Besonders spannend waren hier die Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ und der Sozialausschuss, da über die Sozialpolitik in den vergangenen Wochen und Monaten besonders kontrovers diskutiert worden ist. So ist diese Woche eine Einigung mit der SPD über eine Grundgesetzänderung erzielt worden, die beinhaltet, dass die Jobcenter in ihrer derzeitigen Form beibehalten werden können.



Außerdem konnte ich zweimal als Gast an dem öffentlichem Teil der Sitzungen des Kundus-Untersuchungsausschusses teilnehmen und habe die Befragung von Generalinspekteur a.D. Schneiderhahn und dem ehemaligem Verteidigungsminister Jung verfolgen können. Neben der politischen Brisanz hat mich vor allem das Durchhaltevermögen der Abgeordneten beeindruckt, die in ihrer Sitzung bis in die späten Abendstunden eindeutig Sitzfleisch und Konzentrationsvermögen bewiesen haben.

Bisher kann ich also behaupten, ein spannendes Praktikum erwischt zu haben und möchte dem gesamten Büro von Frau Heil herzlich dafür danken.

Europäischen Rat: Weichenstellungen

Gestern hat die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum bevorstehenden Europäischen Rat in Brüssel abgegeben. Schwerpunkte des Rates werden die neue europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie Maßnahmen im Anschluss an die Klimakonferenz von Kopenhagen sein.

Der Europäische Rat soll sich dabei auf einen allgemeinen Rahmen der neuen Strategie der Union für Wachstum und Beschäftigung einigen, die die bisherige Lisbon Strategie ablöst. Gleichzeitig sollen die Strukturen zur Steuerung der Strategie festgelegt werden. Desweiteren wird eine Einigung auf eine begrenzte Anzahl von EU-Zielen angestrebt, die später in differenzierte nationale Zielvorgaben übertragen werden sollen.

Der Europäische Rat wird zusätzlich eine Bilanz der bisherigen Bemühungen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ziehen. Dabei werden die Themen Finanzaufsicht und Finanzmarktregulierung besonders berücksichtigt. Im Übrigen dient die Ratstagung auch der Vorbereitung auf den im Juni in Kanada bevorstehenden G20 Gipfel.

Durchbruch bei Jobcenter- Neuorganisation

Nach langen Verhandlungen haben wir am vergangenen Wochenende den entscheidenden Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht: Die interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat ein Ergebnis erarbeitet, das die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand in eine verfassungsgemäße Form überführt. Damit setzen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um, das die bisherige Regelung als mit dem Grundgesetz unvereinbar verworfen hatte.

Im Regelfall wirken Bund und Länder in einer gemeinsamen Einrichtung, den Jobcentern, zusammen. Entsprechend der bisherigen Haltung unserer Fraktion und entgegen dem ursprünglichen Wunsch der SPD ist für diese gemeinsamen Einrichtungen nunmehr keine Verkörperschaftung vorgesehen. Die Zuständigkeiten der Geschäftsführung und der Trägerversammlung sind klar geregelt. Komplizierte Abstimmungsprozesse werden mit der Neuordnung künftig vermieden.

Auch für die Optionskommunen haben wir eine Einigung erzielt. Für ihren Erhalt hatte die Union sich immer stark gemacht. Jetzt werden die 69 bestehenden Optionskommunen entfristet. Zusätzlich können weitere 41 Gemeinden oder Gemeindeverbände die Zulassung für die Option erhalten.

Insgesamt können wir bei diesem Ergebnis feststellen: Unser Widerstand in der letzten Legislaturperiode gegen die zentralistischen Vorstellungen der SPD hat sich gelohnt.

Diese Woche im Parlament

Die Bundesregierung stellt in dieser Woche **den Jahresabrüstungsbericht 2009** vor, in dem traditionell Bilanz der Abrüstung und Rüstungskontrolle des vergangenen Jahres gezogen wird. Mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen "Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen" fordern wir die Bundesregierung auf, weiterhin mit großem Engagement für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten und für dieses Ziel auf interneationaler Ebene eine neue Dynamik bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen in Gang zu setzen.

In erster Lesung steht das **Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** an. Mit ihm soll die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik umgesetzt werden. Freiflächenanlagen sollen künftig vor allem auf wirtschaftlichen und militärischen Konversionsflächen entstehen. Nutzungskonkurrenzen mit der Nahrungsproduktion werden damit verhindert. Um den weiteren Ausbau der Photovoltaik zu ermöglichen, wird das Ausbauziel verdoppelt.

Der Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen und die **Verwendung von Biozidprodukten** soll die bestehende EG-Richtlinie über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten ablösen. Er verfolgt das Ziel, die Biozidgesetzgebung den neuesten politischen Entwicklungen anzupassen, Schwächen und Probleme der geltenden Regelungen zu beseitigen sowie Wirkstoff- und Zulassungsverfahren zu vereinfachen und zu harmonisieren. Der Vorschlag wird in seiner jetzigen Ausgestaltung der beschriebenen Zielsetzung nicht vollumfänglich gerecht. Die Koalitionsfraktionen werden mit einem Entschließungsantrag Nachbesserungen fordern. Dies betrifft das gemeinschaftliche Zulassungsverfahren und den Bereich der Ausschlusskriterien.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP "**Menschenrechte weltweit schützen**" benennt die zentralen Handlungsfelder bzw. Forderungen der Menschenrechtspolitik der christlich-liberalen Koalition. Diese sind u.a. die Forderung nach weltweiter Abschaffung von Todesstrafe und Folter, die Bekämpfung von Sklaverei, Ausbeutung und Menschenhandel (Zwangsprostitution), der Schutz von Frauen (Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Ehrenmorde etc.) und Kindern (Kinderarbeit, Kindersoldaten) – besonders in Kriegs- und Krisengebieten sowie die Freiheit vor Diskriminierung. Weiter fordern wir die Durchsetzung der Religionsfreiheit. Dabei stellen wir fest, dass von religiös motivierter Verfolgung Christen besonders betroffen sind.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **“Haiti eine langfristige Wiederaufbauperspektive geben”** zielt darauf ab, nach dem schweren Erdbeben das VN-Engagement in Haiti den aktuellen Gegebenheiten anzupassen, um einen Wiederaufbau selbsttragender Sicherheitsstrukturen zu unterstützen und den Übergang zwischen der humanitären Soforthilfe, der Nothilfe, dem Wiederaufbau und nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit lückenlos zu gestalten. Wesentliche Elemente, um beim Wiederaufbau eine tragfähigere Situation als vor dem Erdbeben zu erreichen, sieht der Antrag in der Wiederherstellung der Infrastruktur, der Grundlegung eines funktionierenden Staatswesens, im Ausbau der Katastrophenvorsorge sowie der langfristigen Ernährungssicherung. Mit dem Antrag unterstützen

wir die Bundesregierung mit Blick auf die internationale Wiederaufbaukonferenz am 31. März 2010 in New York.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **“Freie und faire Wahlen im Sudan sicherstellen, den Friedensprozess über das Referendum 2011 hinaus begleiten sowie die humanitäre und menschenrechtliche Situation verbessern”** zielt darauf ab, anlässlich der Wahlen am 11. April 2010 im Sudan einen Rahmen für die politische und öffentliche Diskussion zu setzen. Der Antrag fasst die Entwicklung und Situation im Sudan vor den Wahlen zusammen und fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der deutschen Außen- und Menschenrechtspolitik auf die oben genannten Ziele hinzuwirken.

Daten und Fakten

Deutscher Arbeitsmarkt weiterhin stabil

Trotz der weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland kein signifikanter Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Wie keinem anderen Industrieland ist es der Bundesrepublik gelungen, ein Durchschlagen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Diese Entwicklung setzt sich fort: Auch für das laufende Jahr rechnen die Experten nur mit einem moderaten Anstieg der Erwerbslosenzahlen um 120.000 auf etwa 3,5 Millionen im Jahresmittel. Für 2011 wird von einem Ende des Beschäftigungsabbaus ausgegangen. Allerdings dürfte bei geringem Wirtschaftswachstum auch der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht merklich vorankommen.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Exportrückgang schwächt sich ab

Der starke Einbruch der deutschen Ausfuhren hat sich im letzten Quartal 2009 deutlich abgeschwächt. Während für das Gesamtjahr ein Rückgang von 17,9 Prozent (auf 808 Milliarden Euro) verzeichnet wurde, fiel der Rückgang im vierten Quartal mit nur 6,4 Prozent deutlich geringer aus. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Betrachtung der preisbereinigten Zahlen: Demnach sind die deutschen Ausfuhren über das Gesamtjahr 2009 gerechnet um 16,4 Prozent, im letzten Quartal lediglich um 2,7 Prozent gesunken. Der trotzdem zu verzeichnende Rückgang des Exports im vierten Quartal ist vor allem bei den Ausfuhren in die EU-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen (-7,7% auf 132,1 Milliarden Euro), während die Exporte in Nicht-EU-Staaten nur um 4,3% auf 84,6 Milliarden Euro sanken.

Wie im Vorjahr waren Frankreich, Italien und die Niederlande die drei wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU. Der größte Rückgang entfiel dabei auf die Exporte in die Niederlande (- 14,0%). Die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU waren die Vereinigten Staaten, wohin allerdings im Vergleich zum Vorjahresquartal 13,8% weniger exportiert wurde (auf 14,6 Milliarden Euro). Die Exporte nach China, dem zweitgrößten Handelspartner aus den Drittstaaten, stiegen um 20,1% auf 10,4 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Schulbücher vermitteln einseitiges Bild von wirtschaftlichen Themen

Ökonomische Bildung wird in unseren Schulen nur unzureichend und teilweise einseitig vermittelt. Das ergab eine Untersuchung von 43 Schulbüchern der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Ausgewählt wurden gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie Erdkunde, Geschichte und Politik. Einige Schlüsselbegriffe tauchen gar nicht auf, andere wie „Soziale Marktwirtschaft“, „Markt“ oder „Wettbewerb“ werden nur gestreift, aber nicht umfassend erklärt und vermittelt.

Auch die Bedeutung von Unternehmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum bleibt unterbelichtet. Zudem werden dominierende Themen wie Globalisierung oder Strukturwandel oft ausschließlich negativ dargestellt.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)